



Solidarität und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen

Kernforderungen des SoVD

Unsere leistungsstarken sozialen Sicherungssysteme tragen entscheidend zum Erhalt sozialer Stabilität und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland bei. Der deutschen Wirtschaft geht es so gut wie lange nicht mehr. Gleichwohl steht der 19. Deutsche Bundestag, der im Herbst 2017 gewählt werden wird, vor großen Herausforderungen. Denn der Wohlstandszuwachs kommt nicht bei allen an. Die Verteilungsgleichheit hat sogar zugenommen. Auch gilt es, die mit der Ankunft der

Der im Weltkriegsjahr 1917 gegründete und dem Frieden verpflichtete SoVD blickt im Jahr 2017 auf eine 100-jährige Geschichte des Engagements für soziale Gerechtigkeit zurück. Vor diesem Hintergrund erhebt der Bundesvorstand des SoVD die folgenden Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017:

1. Sozialstaat stärken

- Verteilungsgerechtigkeit herstellen
Einkommen und Vermögen in Deutschland sind umzuverteilen mit dem Ziel, Ungleichheit und Armut zu überwinden. Der private Reichtum muss stärker zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge herangezogen werden. Die Abgabenlast ist auf die Gesamtheit der Steuerpflichtigen – entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit – zu verteilen; hierzu sind erhebliche Änderungen im geltenden Steuerrecht erforderlich, insbesondere die Einführung einer Vermögenssteuer und die Anhebung der Spitzensteuersätze.

- Soziale Sicherung stärken
Die sozialen Sicherungssysteme müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben bedarfsgerecht erfüllen können. Die sozialen Leistungen und Rechte müssen gestärkt und die Privatisierung muss beseitigt werden. Die Sozialversicherung ist wieder paritätisch zu finanzieren.

- Bezahlbares Wohnen gewährleisten
Wohnen ist ein Grundrecht und muss allen Bevölkerungsschichten in Deutschland ermöglicht werden. Damit es nicht zum Luxus wird, ist der soziale Wohnungsbau erheblich auszubauen mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Privatisierung des Bestandes an öffentlichen Wohnungen ist zu beenden und wieder zurückzuführen. Den Bedürfnissen von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung muss entsprochen werden, indem eine ausreichende Zahl barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

2. Engagiert für und mit Menschen mit Behinderung

- Arbeit und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verbessern
Menschen mit Behinderung sind am Arbeitsmarkt stark benachteiligt, und ihre Zahl steigt. Deshalb muss ihre Beschäftigung auch in einer sich ändernden Arbeitswelt ermöglicht und politisch forciert werden. Die Beschäftigungspflichtquote für Unternehmen und Verwaltung ist bedarfsgerecht auf mindestens 6 Prozent zu erhöhen, einzufordern und arbeitsmarktpolitisch zu unterstützen. Die Ausgleichsabgabe ist darüber hinaus besonders für Unternehmen anzuheben, die entgegen ihrer Pflicht nicht einen einzigen schwerbe-

hinderten Menschen beschäftigen. Auch langzeitarbeitslose und ältere schwerbehinderte Menschen haben ein Recht auf Teilhabe an Arbeit; dieses ist vorrangig in Unternehmen und Verwaltung, ergänzend in Inklusionsbetrieben und Werkstätten für behinderte Menschen sicherzustellen.

- Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen verwirklichen
Inklusion und Teilhabe gelingen nur mit umfassender Barrierefreiheit. Hier braucht es endlich gesetzlich verbindliche Vorgaben und finanzielle Anreize zur Barrierefreiheit für die Privatwirtschaft. Es liegt auch im Interesse einer alternativen Gesellschaft, dass Bahnen und Taxis, Wohnungen und Hotels, Arztpraxen und Gesundheitsdienste, Einkaufsläden und Internetportale, Geldautomaten u. a. für alle nutzbar werden.

- Inklusive Bildung voranbringen
Inklusive Bildung ist Verpflichtung des gesamten Bildungssystems. Der SoVD fordert qualitativ hochwertige gemeinsame Bildungsangebote für Menschen mit und ohne Behinderung. Hierfür bedarf es verbindlicher Qualitätsmaßstäbe, umfassender Fortbildungsangebote, systematischer Umsetzungsprozesse und Barrierefreiheit. Bund, Länder, Kommunen und Reha-

bilitationsträger stehen in der gemeinsamen Verantwortung.

3. Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung

- Rentenniveau stabilisieren und wieder anheben
Das sogenannte Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Nur ein stabiles und lebensstandardsicherndes Niveau in der gesetzlichen Rentenversicherung garantiert heutigen Rentnerinnen und Rentnern sowie den jüngeren Generationen eine verlässliche und auskömmliche Rente. Die Kürzungsfaktoren in der Renten Anpassungsformel sind zu streichen und das Rentenniveau ist schrittweise wieder auf lebensstandardsichernde 53 Prozent anzuheben.

- Altersarmut wirksam bekämpfen
Altersarmut muss durch vielfältige Leistungsverbesserungen bekämpft werden. Dazu gehören ein verbesserter Aufbau von Rentenansprüchen in der Erwerbsphase, besonders auch durch Beiträge für Langzeitarbeitslose, sowie bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase. Bei der Grundsicherung im Alter sind bedarfsgerechte Regelsätze festzusetzen und Rentenfreibeträge vorzusehen. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.

- Deutsche Einheit vollenden
Nach mehr als 25 Jahren ist die Deutsche Einheit im Rentenrecht immer noch nicht erreicht. Es ist an der Zeit, den aktuellen Rentenwert Ost bis zum Jahr 2020 auf das Westniveau anzuheben. Zeiten der Niedriglohnbeschäftigung sind in Ost wie West mit der Rente nach Mindestentgeltpunkten aufzuwerten.

4. Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen

- Bedarfsgerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherstellen
Es müssen alle Leistungen erbracht werden, die medizinisch nötig und zweckmäßig sind, um ein Höchstmaß an Gesundheit zu erreichen. Dabei ist flächendeckend eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, wohnortnahe und barrierefreie Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Finanzielle und strukturelle Fehlanreize, die zu Über-, Unter- oder Fehlversorgung beitragen, sind zu beseitigen.

- Einseitige Belastungen abschaffen
Einseitige Belastungen der Versicherten, insbesondere Leistungsabbau, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, müssen abgeschafft und die gesetzliche Krankenversicherung muss einheitlich und solidarisch finanziert werden. Erforderlich sind die sofortige Rückkehr

